

PARTEI DIE LINKE. HESSEN

Soziale Belange der Studierenden

1. Wird eine Landesregierung, an der Ihre Partei beteiligt ist, den Hochschulpakt mit einem entsprechenden Hochschulsozialpakt ergänzen und damit die soziale Infrastruktur an Hessens Hochschulen sicherstellen?

Die Idee des Hochschulsozialpakts spiegelt eine Reihe unserer Forderungen zur Unterstützung von Studierenden wieder. Da ein Großteil der Studierenden neben dem Studium noch arbeiten muss, um dieses zu finanzieren, viele Studierende sich hoch verschulden müssen, es neben Studium und Beruf auch noch Familienpflichten gibt, ist eine deutliche finanzielle Entlastung der Studierenden unbedingt notwendig. Dies kann auch durch einen Hochschulsozialpakt geschehen. Zudem kann dieser die Studierendenwerke direkt unterstützen, um beispielsweise sicherzustellen, dass das Essen in den Mensen gut und günstig bleibt.

2. Wird Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass die Studierendenwerke im Spannungsfeld drastischer Kostensteigerungen durch Kriegs- und Energiekrise einerseits und pandemiebedingter Nachfrage-Rückgänge andererseits sozialverträgliche Preise für die Studierenden in Wohnheimen und gastronomischen Einrichtungen gewährleisten können?

Wir haben diesbezüglich im Dezember unter den Drucksachennummern 20/9724 und 20/9725 zwei Kleine Anfragen gestellt, um herauszufinden, welche Preissteigerungen für Studierende und Studierendenwerke zu welchen Erhöhungen führt, und was die Landesregierung plant, um die Erhöhungen zu vermeiden.

In unseren Haushaltsforderungen für die Jahre 2023/24 haben wir zusätzlich für die Instandhaltung und Sanierung der Gebäude und zur Vermeidung von Preissteigerungen in den Mensen 40 Mio. gefordert.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass sozialverträgliche Preise verlässlich gewährleistet werden können.

3. Auf welche Weise wird eine Landesregierung mit Beteiligung Ihrer Partei die Studierendenwerke auf ihrem bereits begonnenen Weg hin zu mehr Digitalisierung und Nachhaltigkeit unterstützen, um sich zukunfts- und krisensicher aufzustellen?

Wir wünschen uns an jeder Hochschule eine oder einen Nachhaltigkeitsbeauftragten mit entsprechendem personellen und finanziellen Ressourcen. Im Bereich Digitalisierung ist coronabedingt in den letzten drei Jahren an den Hochschulen schon viel auf den Weg gebracht worden. Auch wenn Digitalisierung im Bildungs- und Unterrichtsbereich an Grenzen stößt, wollen wir die sehr unterschiedlichen Konzepte und digitalen Lehrmethoden genau in Augenschein nehmen und sie dort fördern, wo sie sinnvoll einsetzbar sind. Zumindest muss jedem Studierenden und Lehrenden der freie Zugang zu digitalen Endgeräten kostenlos ermöglicht werden. Digitalisierung ist eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung, die nicht vom finanziellen Hintergrund der Studierenden oder Lehrenden abhängig sein darf.

## Studentisches Wohnen

1. Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür Sorge zu tragen, dass in den hessischen Hochschulstädten wieder mehr günstiger studentischer Wohnraum zu finden ist?
2. Wie wird Ihre Partei studentischen Wohnraum fördern, damit auch in Hessen mindestens zehn Prozent der Studierenden zum sozialen Mietpreis in einem Wohnheim der Studierendenwerke leben können?

Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet. In Hessen leben lediglich 7,5 Prozent der Studierenden in öffentlich geförderten Wohnheimen. Mit dieser Unterbringungsquote liegt Hessen weit unter dem Bundesdurchschnitt von 9,5 Prozent und dem selbsterklärten Ziel der schwarzgrünen Landesregierung von 10 Prozent. Diese Situation ist unhaltbar. Damit mehr Studierende bezahlbaren Wohnraum finden, wollen wir in den hessischen Universitäts- und Hochschulstädten im Rahmen eines ambitionierten Fünf-Jahres-Plans 2.000 öffentlich geförderte Wohnheimplätze pro Jahr bzw. 10.000 Wohneinheiten insgesamt schaffen. Hierzu wollen wir ein eigenständiges Förderprogramm auflegen, das eine dauerhafte Sozialbindung sicherstellt. Darüber hinaus wollen wir den Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Mietenwahnsinn und Verdrängung ausbauen, spekulativen Leerstand, Wohnraumzweckentfremdung und Abriss bekämpfen und durch eine massive Offensive im sozialen Wohnungsbau in ganz Hessen zusätzlich 10.000 Sozialwohnungen pro Jahr bzw. 50.000 Sozialwohnungen insgesamt schaffen – barrierefrei und klimaneutral. Durch all diese Maßnahmen wird der Bestand an bezahlbarem Wohnraum geschützt und ausgebaut, was – neben vielen anderen Gruppen mit geringem und mittlerem Einkommen – auch Studierenden zugutekommt.

3. Werden Sie den Studierendenwerken die nötigen Baukostenzuschüsse, öffentliche Grundstücke und Sanierungsmittel zur Verfügung stellen, so dass Studierende bezahlbar und hochschulnah wohnen können?

Neben der direkten finanziellen Unterstützung durch Darlehen und Zuschüsse im Rahmen eines eigenständigen Förderprogramms der sozialen Wohnraumförderung (s. oben) sowie zusätzlicher Fördermittel zur warmmietenneutralen Sanierung von (Wohnungs-)Gebäuden wollen wir Studierendenwerke und Wohnungsunternehmen stärker als bisher bei der Suche nach geeigneten Grundstücken und Gebäuden unterstützen. Hierfür wollen wir unter anderem den landeseigenen Liegenschaftsfonds zum Erwerb von Grundstücken in der Stadt Frankfurt und den hessischen Teilen des Rhein-Main-Gebietes nutzen, der mit bis zu 60 Millionen Euro aus den Verkaufserlösen des Alten Polizeipräsidiums in Frankfurt ausgestattet ist, unter der aktuellen Landesregierung jedoch weitgehend untätig ist.

4. Wie werden Sie dafür sorgen, dass Neubauten im Bereich Wohnen zukünftig auch im Hinblick einer ökologisch-nachhaltigen Bauweise gefördert werden?

Angesichts der Anforderungen des Klimaschutzes, hoher Baukosten und fehlender Fachkräfte steht der notwendige Neubau von bezahlbarem Wohnraum in Hessen vor großen

Herausforderungen. Diese lassen sich am besten von der öffentlichen Hand bewältigen. Hierfür wollen wir die Zusammenarbeit der kommunalen Wohnungsgesellschaften und der NHW verbessern, klimaschonende Projekte fördern und eine Hessische Bauhütte gründen. Diese soll als gemeinwirtschaftliches Bauunternehmen Bauleistungen für öffentliche und andere nicht-profitorientierte Wohnungsgesellschaften erbringen, energetische Modernisierung und ökologische Bauweisen (wie den urbanen Holzbau oder Energie-Plus-Bauweise mit Wiederverwertung von Baustoffen) großflächig vorantreiben und sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Von dieser Bauhütte würden somit auch die Studierendenwerke bzw. der Neubau und die Modernisierung studentischer Wohnheime profitieren.

### Studienfinanzierung

1. Welche Bedeutung hat das Thema BAföG für Ihre Partei?

Auch wenn die BAföG-Regelungen Bundessache sind, setzen wir uns dafür ein, das Bafög deutlich zu erhöhen, und zwar so, dass der Lebensunterhalt inklusive Studium davon bestritten werden kann. Zudem muss es elternunabhängig und wesentlich vereinfachter zu beantragen sein.

2. Wie kann Ihre Partei dazu beitragen, dass das BAföG seiner Aufgabe wieder gerecht wird?

Da BAföG-Regelungen auf Bundesebene getroffen werden, fordern wir die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine umfassende Reform stark zu machen. Zudem fordert unsere Bundestagsfraktion eine solche Reform genau dies.

3. Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass BAföG-Ämter die notwendige Sach- und Personalausstattung erhalten, die sie brauchen, um die Anträge der Studierenden schnell und zielführend bearbeiten zu können?

Öffentliche Behörden müssen auch personell gut ausgestattet sein. In diesem Fall nicht nur, um die Anträge zügig und zielführend zu bearbeiten, sondern auch, um die Belastung der Beschäftigten durch Personalmangel nicht zu verstärken. Neben einer guten Bezahlung sind die Arbeitsbedingungen auch entscheidend, um die Stelle für Bewerber+innen attraktiv zu machen.

Wir wollen zudem eine vereinfachte Antragsstellung erreichen, unter anderem dadurch, dass BAföG elternunabhängig gezahlt wird.

### Hochschulgastronomie

1. Was wird eine Landesregierung unter Beteiligung Ihrer Partei konkret tun, damit Mensen und Cafeterien ihren gesetzlichen Versorgungsauftrag erfüllen können?

Sie müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie gesunde, vielfältige und biologisch angebaute Speisen zu einem geringen, für Studierende zahlbaren Preis verkaufen können. Entsprechende Haushaltsforderungen haben wir gestellt. Zudem müssen die Arbeitsbedingungen gut ausgestaltet und die Arbeit auch fair und gut bezahlt werden.

2. Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass eine ausreichende Finanzausstattung der Studierendenwerke sowohl für Bau- und Sanierungsmaßnahmen als auch für bedarfsgerechte Angebote und Öffnungszeiten zur Verfügung steht?

Ja, ~~dies-das~~ fordern wir schon seit vielen Jahren. Der Sanierungsstau ist stark angewachsen, die Nachfrage nach Wohnraum ist groß. Studierendenwerke müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie die Bedarfe auch erfüllen können, auch dies gehört zu einem guten Studium dazu.

3. Was planen Sie, um die Studierendenwerke zu unterstützen, damit diese trotz der Preisexplosion insbesondere im Bereich Energie und Lebensmittel ein ausgewogenes Speisenangebot zu sozial verträglichen Preisen sicherstellen zu können?

Neben den schon erwähnten 40. Mio jährlich planen wir Soforthilfen für Studierende sowie die Möglichkeit eines Sonderfonds, um zu gewährleisten, dass die Versorgung zu weiterhin günstigen Preisen sichergestellt ist.

### Beratungsleistungen

1. Wird eine Regierung unter Ihrer Partei diese Beratungsangebote verlässlich und nachhaltig finanzieren?

Ja,↓ Junge Menschen haben insbesondere im sozialen miteinander stark unter Corona gelitten. Die Anlaufstellen und Therapieplätze sind heiß begehrt, die Wartelisten lang. Daher werden wir die Beratungsstellen an den Hochschulen natürlich ausweiten und finanziell untermauern.

2. Wird Ihre Partei eine Zuschussregelung vorantreiben, die eine öffentliche Finanzierung der Beratungsleistung der Studierendenwerke sicherstellt?

Ja, das werden wir, da wir die Notwendigkeit der Sicherstellung und Ausweitung von Beratungsangeboten kennen.

### Studium mit Kind oder pflegebedürftigen Angehörigen

1. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der Vereinbarkeit von Studium und Kindererziehung bei?

Eine sehr hohe! Allein die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums reicht nicht aus, um Carearbeit und Studium unter einen Hut zu bringen. Sehr viele Studierende sind gezwungen, neben dem Studium zu arbeiten, um dieses überhaupt finanzieren zu können. Kommt noch Carearbeit durch Kinder oder pflegebedürftige Angehörige hinzu, wird es schwierig, das Studium überhaupt abschließen zu können. Hier müssen Sonderregelungen wie eine verlängerte Regelstudienzeit, viel höheres BAföG und gegebenenfalls auch Sonderprüfungsregelungen her. Zudem muss die Möglichkeit der Kinderbetreuung an Hochschulen ausgebaut und finanziell unterfüttert werden. Auch die Betreuungszeiten müssen angepasst werden.

2. Wie wird eine Landesregierung unter Beteiligung Ihrer Partei sich für Aufstockung der Zuschüsse für Kinderbetreuungsangebote sowie für weiterführende Angebote an Studierende mit Familienaufgaben einsetzen?

Neben den eben genannten Maßnahmen möchten wir eine umfassende Bedarfsanalyse (wie viele Betreuungsplätze sind wo von Nöten, welche Maßnahmen zur Pflegeunterstützung können wo angeboten werden, wie hoch sind die finanziellen Belastungen und wie können diese abgemildert werden, etc.) in Kooperation mit den Studierendenvertretungen erstellen. Da oftmals individuelle Hilfen gebraucht werden, muss zusammen überlegt werden, wie diese unbürokratisch beantragt werden können. Vor allem aber möchten wir nachhaltige und verlässliche Angebote schaffen, auf die von der Immatrikulation an zurückgegriffen werden können. Diese müssen mit verlässlichen und ausreichenden finanziellen Mittel gefördert werden.

### Kultur und Internationales

1. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der Kultur als Aufgabe von Studierendenwerken bei und wie werden sie dies aktiv (auch finanziell) unterstützen?

Die Studierendenwerke haben umfassende Angebote (auch) für international Studierende geschaffen, die die Studienlandschaft nicht nur bereichern sondern den Zugang auch erleichtern und beispielsweise für erste soziale Kontakte sorgen. Daher sind sie von hoher Bedeutung und nicht wegzudenken. In wie fern politische Unterstützung möglich und gewünscht ist, würden wir gerne in einem gemeinsamen Gespräch erläutern, denn natürlich würden wir kulturelle und soziale Angebote unterstützen und fördern, soweit uns das möglich ist.

2. Im Zuge weiterer internationaler Vernetzungen der Hochschulen wird die Versorgung von internationalen Studierenden weiter an Bedeutung zunehmen. Welche Rolle sollen aus Ihrer Sicht dabei die Studierendenwerke spielen und wie werden Sie die Finanzierung der diesbezüglichen Angebote in den Studierendenwerken sicherstellen? Welche Unterstützung werden die Studierendenwerke unter einer Landesregierung mit der Beteiligung Ihrer Partei erfahren?

Die Studierendenwerke haben eine hohe Bedeutung, auch bei der Internationalisierung der Hochschulen. International Studierende brauchen ebenso Wohnraum, Zugang zu günstigen Speisen, Beratungsangebot usw. wie nicht international Studierende auch. Dies sind Aufgaben der Studierendenwerke. Zugleich aber brauchen sie verstärkt Unterstützung, sei es bei der Orientierung im Studium als auch zum Einleben in einer fremden Stadt unter fremden Menschen und gegebenenfalls in einer fremden Kultur. Auch hier stellt sich die Frage, in wie weit Politik dies fördern und unterstützen kann. Wir möchten uns gern mit den Studierendenwerken darüber austauschen.

### Beschäftigte der Studierendenwerke in Hessen

1. Wird Ihre Partei in einer Regierungsbeteiligung dafür sorgen, dass die von den Tarifparteien ausgehandelten Steigerungen in den Berechnungen des Landeszuschusses verbindlich berücksichtigt werden?

Absolut!

2. Wie will Ihre Partei in der Tariflandschaft wirken, damit auch die Beschäftigung im Geltungsbereich des TV-H attraktiv und konkurrenzfähig ist?

Wir agieren eng an der Seite der Gewerkschaften, wir unterstützen die Bundesinitiative TV-Stud und setzen uns für einen wirklich ausreichenden Mindestlohn ein. Zudem möchten wir, dass Hessen zurücklehrt in die Tarifgemeinschaft der Länder, statt weiterhin einen Sonderweg einzuschlagen. Wir unterstützen die Streikenden im Kampf um die Tarifiergebnisse und möchten eine Ausweitung der Tarifbindung z.B. auch an private Träger von beispielsweise Kindertagesstätten.

3. Wie wollen Sie dem zunehmenden Fachkräftemangel in Hessen begegnen?

Fachkräftemangel herrscht nicht nur in Hessen, doch auch Hessen reagiert nach wie vor viel zu träge auf diese Entwicklung. Um den Fachkräftemangel entgegen zu wirken, sind viel Einzelmaßnahmen notwendig, und sicherlich muss in den einzelnen Bereichen genau geschaut werden, welche Maßnahme wo sinnvoll ist. Allgemein jedoch gilt: Gute und faire Arbeitsbedingungen sind Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen gerne in Hessen tätig sein und ggf. auch leben wollen. Dazu zählt auch ein fairer und auskömmlicher Lohn. Zudem müssen umfangreiche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen geschaffen werden, der qualifizierte Quereinstieg in andere Berufe muss erleichtert und finanziell unterfüttert werden. Menschen aus anderen Herkunftsländern muss es schnell und unbürokratisch ermöglicht werden, hier in hessen zu arbeiten und die Sprache zu erlernen. Es muss eine arg verkürzte Bearbeitungszeit bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen geben. Wichtig ist zudem, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen, eine gesunde Arbeitsumgebung und Arbeitsatmosphäre zu schaffen und Menschen auch berufliche Perspektiven aufzuzeigen.